

Der Zustand des „Staates Palästina“

4. September 2025 | Patrick Lawrence

Die Sitzungen der Generalversammlung der Vereinten Nationen, die seit 1946 jedes Jahr im September stattfinden, seit sich 51 Nationen in einer methodistischen Kirche in London versammelt hatten, kommen und gehen und verlaufen meist ereignislos. Die Generalversammlung wird am 9. September ihre 80. Sitzung beginnen, und es ist schwer vorstellbar, dass diese ohne Zwischenfälle verlaufen wird. Um es einfach auszudrücken: Israel hat zu viele Palästinenser ermordet, ausgehungert und terrorisiert, als dass die diesjährige Versammlung im Sekretariat in Manhattan ohne Schlussfolgerungen zu Ende gehen könnte. Es bleibt nur die Frage, wie diese Schlussfolgerungen aussehen werden.

Vor einigen Wochen erklärte eine Gruppe von 15 Nationen – darunter prominente Mitglieder des Atlantischen Bündnisses – ihre Absicht, auf der diesjährigen Sitzung ihre formelle Anerkennung der palästinensischen Staatlichkeit bekannt zu geben. Damit stellen sich mehrere der wichtigsten Unterstützer Israels auf eine wahrscheinlich chaotische Konfrontation mit dem „jüdischen Staat“ und natürlich auch mit den USA als Israels unerschütterlichem Verbündeten ein.

Das ist keine Spekulation. Es ist bereits offensichtlich, dass diese neuen Anerkennungen die Sitzung der Versammlung dominieren werden. Seitdem 15 Nationen ihre Absicht erklärt haben, Palästina als legitimen Staat anzuerkennen, haben die Israelis Pläne für eine groß angelegte neue Operation in Gaza-Stadt angekündigt. Am 25. August führte das zionistische Militär einen dieser abscheulichen „Double-Tap“-Angriffe durch – erst ein Angriff, dann ein weiterer Angriff, sobald Rettungskräfte und Journalisten eintreffen – auf ein Krankenhaus im Süden Gazas, bei dem 20 Menschen getötet wurden und die Zahl der [Todesopfer unter Journalisten](#) auf 247 stieg. Weniger als eine Woche später begann Israel mit dem zuvor angekündigten groß angelegten Angriff auf Gaza-Stadt – ein Akt der puren Missachtung und Straflosigkeit.

Das Außenministerium, das sich bei jeder Gelegenheit, Empörung zu zeigen, nicht übertreffen lässt, gab am Freitag bekannt, dass es allen palästinensischen Beamten, die an der Generalversammlung teilnehmen wollten, das Visum für die Reise zum Sekretariat verweigern werde – und zwar „wegen Untergrabung der Aussichten auf Frieden“. Im vorigen Absatz habe ich den Begriff „abscheulich“ verwendet. Auch dies trifft zu, da sich die USA verpflichtet hatten, Diplomaten freien Zugang zu diplomatischen Verfahren zu gewähren, als vereinbart wurde, das Sekretariat auf amerikanischem Boden anzusiedeln. Nun wird darüber diskutiert, die diesjährige Generalversammlung [in Genf abzuhalten](#), damit palästinensische Vertreter daran teilnehmen können. Das wird nicht geschehen, aber dieser Gedanke ist ein Maßstab für die internationale Stimmung.

Ich sehe nur zwei mögliche Ausgänge dieser sich zusammenbauenden Krise:

- Im ersten, dem besseren der beiden Fälle, werden Frankreich, Großbritannien und andere Säulen des westlichen Bündnisses ihre ehrenhaften diplomatischen Kurswechsel mit substanziellen Maßnahmen gegen die Terrorkampagnen der Zionisten und ihre grassierenden

Verstöße gegen das Völkerrecht untermauern. Das würde die diplomatische Landschaft erheblich verändern.

- Im anderen Fall werden diese Nationen nichts unternehmen und damit ihre Position in der Israel-Palästina-Frage entscheidend diskreditieren, während sie gleichzeitig die Ohnmacht der UNO auf erbärmliche Weise zur Schau stellen. Von dieser zweiten Möglichkeit gibt es kein Zurück.

Es stellt sich die Frage nach der Macht.

Wenn Sie den Fehler in der UN-Charta nicht kennen, der die Generalversammlung effektiv entmachtet, sollten Sie Folgendes wissen: Die Exekutivgewalt liegt beim Sicherheitsrat, dessen ständige Mitglieder ein Vetorecht haben. Nur der Rat kann rechtsverbindliche Resolutionen verabschieden und Maßnahmen zu deren Durchsetzung beschließen. Abgesehen von alltäglichen Angelegenheiten wie dem Haushalt der Vereinten Nationen usw. ist die Generalversammlung darauf beschränkt, über unverbindliche Resolutionen abzustimmen.

OK, der Sicherheitsrat ist der Ort, an dem die UNO Dinge erledigt oder, wie es allzu oft der Fall ist, nicht erledigt. Man könnte argumentieren, dass die Generalversammlung als eine Art Vorschlagsbox für die derzeit 193 Mitglieder der UNO dient, aber das würde bedeuten, dass in der Versammlung nie etwas Bemerkenswertes passiert, und das ist einfach nicht der Fall. Ich erwarte in diesem Jahr bemerkenswerte Dinge. Ich kann noch nicht abschätzen, ob es sich dabei um bemerkenswerte positive oder bemerkenswerte negative Ereignisse handeln wird.

Vielleicht ein wenig Geschichte, um den Skeptikern der UNO zu helfen.

Fidel Castro, seit einem Jahr und neun Monaten an der Macht, hielt im September 1960 [eine Rede](#) vor der Generalversammlung. Die UNO bittet ihre Mitglieder, ihre Redezeit auf 15 Minuten zu beschränken; der feurige Fidel sprach vier Stunden lang und kritisierte ununterbrochen die Geschichte des US-Imperialismus und dessen Missbrauch Kubas seit der Revolution von 1959. Die UNO bezeichnet Castros Rede als „episch“ und als „entscheidenden Moment“. Meiner Meinung nach sind dies treffende Beschreibungen: Es war eine frühe Ankündigung, dass Lateinamerika fortan seine Stimme erheben und sich gegen die Norteamericanos behaupten würde, so wie es dies damals gelernt hatte.

Vierzehn Jahre später hielt Yasser Arafat diese berühmte Rede vor der Generalversammlung, während er einen Revolver mit Perlmuttergriff an der Hüfte trug. Die Versammlung verabschiedete daraufhin zwei Resolutionen, 3236 und 3237, wobei die erste „die Palästinafrage“ offiziell auf die Tagesordnung der Vereinten Nationen setzte und die zweite der Palästinensischen Befreiungsorganisation diplomatische Anerkennung in Form eines Beobachterstatus gewährte. Ein Jahr später folgte die Resolution 3379 der Generalversammlung, in der „festgestellt wird, dass der Zionismus eine Form von Rassismus und Rassendiskriminierung ist“. Es dauerte bis 1991, bis die Israelis und Amerikaner eine Abstimmung zur Aufhebung der Resolution 3379 erzwingen konnten. (Ich frage mich, wie eine weitere Abstimmung heute ausgehen würde.)

Vor nicht einmal zwölf Jahren, im September, hielt Hassan Rouhani, der wenige Monate zuvor das Amt des iranischen Präsidenten übernommen hatte, eine Rede vor der Generalversammlung und überraschte uns alle, als er dem Westen die Hand reichte und Verhandlungen mit den Amerikanern

und Europäern vorschlug, um das Atomprogramm der Islamischen Republik zu begrenzen. Ich würde sagen, das war ein entscheidender Moment. Das zwei Jahre später erzielte Abkommen hielt so lange, bis der unglaublich dumme Dummkopf, der jetzt seine zweite Amtszeit als Präsident absolviert, die USA aus dem Abkommen zurückzog.

Und so kommen wir zur 80. Generalversammlung, die drei Wochen dauern und am 29. September enden wird.

Es steht außer Frage, dass die diesjährige Sitzung nicht dafür stimmen wird, [Blauhelme](#) nach Gaza und in das Westjordanland zu entsenden, um die Palästinenser vor den täglichen Schrecken des zionistischen Staates zu schützen, oder dass sie ein angemessenes, unerträgliches Sanktionsregime gegen diese Entität verhängen wird, oder dass UN-Friedenstruppen alle illegalen Siedlungen im Westjordanland umzingeln und mit einem Embargo belegen werden. Man würde sich das wünschen, aber wie gerade erwähnt, ist das nicht möglich.

Nein, ich behaupte, dass die Diplomatie, die im Vorfeld der diesjährigen Generalversammlung stattgefunden hat, von Bedeutung ist und dass Diplomatie – trotz aller Diskreditierung, die die westlichen Mächte ihr in den letzten Jahren zugefügt haben – zumindest manchmal noch Konsequenzen hat, und wir werden nächsten Monat die eine oder andere Konsequenz sehen.

Bevor wir fortfahren, unterbrechen wir diese Sendung mit einer wichtigen Frage, die zwar trivial erscheint, aber keineswegs trivial ist. Wird Bibi Netanjahu an der diesjährigen Generalversammlung teilnehmen? Er tut dies gewöhnlich und lässt selten eine Gelegenheit aus, die Versammlung und die gesamte dort vertretene Welt als Horrorshow von Antisemiten zu verurteilen – seine Inszenierung als Mörder und Opfer. Aber dieser widerwärtige Mann wird nach internationalem Recht wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gesucht.

Wie auch immer es ausgeht, es wird in jedem Fall bemerkenswert sein. Wenn Netanjahu nächsten Monat durch die Hallen des Sekretariats schreitet, müssen wir die fast vollständige Ohnmacht der Gerichte akzeptieren, die über das Völkerrecht urteilen; die westlichen Mächte werden damit eine weitere Institution, die unseren internationalen öffentlichen Raum prägt, vollständig ausgehöhlt haben. Wenn Bibi fernbleibt, können wir uns freuen, dass das Völkerrecht doch etwas zählt, und von dort aus können wir uns größeren Dingen zuwenden.

Wie in den letzten Wochen vielfach berichtet wurde, hat sich Israels Hungeraktion im Gazastreifen, die am 2. März begann, als eine zu weit gehende Barbarei erwiesen, und infolgedessen haben zahlreiche westliche Nationen – „sogar Israels langjährige Verbündete“, wie westliche Medien gerne betonen – zugesagt, die palästinensische Staatlichkeit bei der diesjährigen Versammlung anzuerkennen. Ein Dokument mit dem Titel „[New York Call](#)“, das am 29. Juli unterzeichnet wurde, verpflichtet die 15 oben genannten Nationen zur formellen Anerkennung.

Diese 15 Länder schließen sich den 147 UN-Mitgliedern an, die Palästina bereits als legitimen Staat anerkannt haben, einige davon bereits seit den 1990er Jahren. Aber es geht hier um mehr als nur um Zahlen. Finnland, Irland, Luxemburg, Norwegen, Portugal: Diese Länder gehören zu den Unterzeichnern des New York Call, und das ist gut so. Die größere Bedeutung liegt hier in den größeren Namen: Frankreich, Großbritannien, Kanada, Neuseeland und seit dem 11. August auch Australien. Die ersten beiden zählen zu dem, was Menschen eines bestimmten Alters gemeinhin als die großen westlichen Mächte bezeichnen. Anders ausgedrückt: Die gesamte anglophone Welt mit Ausnahme

der Vereinigten Staaten – und auch der gesamte Sicherheitsrat – ist dabei, sich zur Anerkennung Palästinas zu verpflichten.

Na und? Das ist unsere offensichtliche Frage.

„Es ist wichtig, den Staat Palästina anzuerkennen“, sagte Francesca Albanese, Sonderbericht-erstatteerin der Vereinten Nationen für die besetzten palästinensischen Gebiete, in einem [Interview](#) mit *The Guardian*, das am 13. August veröffentlicht wurde. „Es ist inkonsequent, dass sie dies noch nicht getan haben.“

„Inkonsequent“ ist ein gut gewähltes Wort, aber das ist nur ein Teil von Albaneses Argumentation. Ihr größerer, leidenschaftlich vorgebrachter Punkt ist, dass die Beendigung des Völkermords in Gaza und der ethnischen Säuberungen im Westjordanland nach wie vor oberste Priorität haben und wir die Maßnahmen der Generalversammlung nicht als mehr als einen Schritt in diese Richtung betrachten sollten.

Genau so sollte man die Verhandlungen der Generalversammlung in einigen Wochen betrachten. Okay, die Mehrheit der westlichen Mächte mit Ausnahme der Vereinigten Staaten wird sich öffentlich für einen palästinensischen Staat aussprechen. Was wird dies in der Praxis bedeuten?

Es gibt viele Anzeichen dafür, dass sie so wenig wie möglich tun werden. Wenn sich dies bewahrheitet, wird die Bedeutung der Generalversammlung in diesem Jahr in ihrer offensichtlichen Bedeutungslosigkeit liegen. Aber lassen Sie uns die Sache erst einmal durchdenken, bevor wir Schlussfolgerungen ziehen.

Die USA haben von Anfang an klar gemacht, dass sie gegen diese verschiedenen Anerkennungsversprechen sind. Am 25. August veröffentlichte der gerade in Paris angekommene Botschafter Washingtons, Charles Kushner, einen offenen Brief an Emmanuel Macron, in dem er sich über „den dramatischen Anstieg des Antisemitismus in Frankreich“ beschwerte und behauptete, dass die Entscheidung des französischen Präsidenten, Palästina anzuerkennen, „Extremisten ermutigen, Gewalt schüren und das Leben der Juden in Frankreich gefährden“ werde.

Kushner, ein überzeugter Zionist, dessen Sohn Jared mit Trumps Tochter Ivanka verheiratet ist, spielt ganz offen die ermüdende alte Antisemitismus-Karte aus, genau wie Netanjahu als Reaktion auf den New York Call. Beide scheinen besonders empfindlich gegenüber den Franzosen zu sein, und das aus gutem Grund. Der französische Präsident Charles de Gaulle, ein starker Unterstützer Israels bei seiner Gründung 1948, wandte sich nach dem Sechstagekrieg 1967 gegen das Land. Bald darauf verbot er den Verkauf französischer Waffen, unterstützte einen palästinensischen Staat und bezeichnete die Besetzung der im Krieg eroberten Gebiete durch Israel als imperialistisches Abenteuer.

Wir dürfen nicht vergessen, dass Macron seit langem von gaullistischer Größe träumt. Die Generalversammlung bietet ihm eine hervorragende Gelegenheit, sich in dieser Hinsicht zu profilieren, und es wird interessant sein zu sehen, ob er davon Gebrauch macht. (Ich wage mich nicht, darauf zu wetten.)

Abgesehen vom eigensinnigen Macron werden die Unterzeichner des New York Call-Dokuments die bereits offensichtliche Kluft in der transatlantischen Allianz effektiv vergrößern, wenn sie in ein paar Wochen ihre Unterstützung für einen palästinensischen Staat erklären. Da Großbritannien,

Frankreich und die anderen diesen Punkt unmöglich übersehen können, können wir daraus schließen, dass die Europäer nun bereit sind, nach acht Jahrzehnten der Unterwürfigkeit gegenüber den USA ganz allmählich ihre Autonomie in Staatsangelegenheiten zu behaupten. (Ich werde in einer anderen Kolumne mehr zu diesem Punkt sagen.)

Darüber hinaus laufen diejenigen, die sich nun für die Anerkennung engagieren, Gefahr, in ein Loch zu fallen, das sie selbst gegraben haben. Es wäre keine Überraschung, wenn dies tatsächlich der Fall wäre, da die Europäer darin sehr geübt sind. Während wir hier sprechen, stürzen sie sich gerade in ein Loch namens „Ukraine“. Im Fall von Israel und Palästina stehen die Nationen, die kurz vor der Anerkennung stehen, nun vor einer einzigen Wahl: Entweder sie signalisieren in der Generalversammlung, dass sie die mit der Anerkennung verbundenen Maßnahmen ergreifen wollen, oder sie werden mehr oder weniger auf unbestimmte Zeit von Ohnmacht und Unentschlossenheit geprägt sein.

John Whitbeck, der seit langem mit der Palästina-Frage befasste internationale Anwalt, drückte es am 13. August in seinem privat verbreiteten Blog wie folgt aus. Ich bewundere das Querdenken, das hier zum Ausdruck kommt:

Es wäre intellektuell und diplomatisch inkonsequent, einen Staat diplomatisch anzuerkennen, insbesondere wenn sein gesamtes Territorium illegal von einem anderen Staat besetzt ist, und dann keine sinnvollen und wirksamen Maßnahmen zu ergreifen, um diese Besetzung zu beenden – und wenn wichtige westliche Staaten wie Frankreich, Großbritannien, Kanada und Australien sowie andere westliche Staaten im nächsten Monat alle den Staat Palästina diplomatisch anerkennen, lässt sich prinzipienbasierter Mut möglicherweise leichter in der Masse finden.

Wie könnten westliche Regierungen nach mehr als 20 Sanktionsrunden gegen Russland, die ausdrücklich darauf abzielen, dessen Wirtschaft zum Zusammenbruch zu bringen, weil es einen relativ kleinen Teil eines von ihnen anerkannten Staates besetzt hält, gegenüber ihrer zunehmend entsetzten Bevölkerung rechtfertigen, dass sie keinerlei Sanktionen gegen ein Land verhängen, das das gesamte Territorium eines von ihnen anerkannten Staates besetzt hält und öffentlich seine Absicht bekundet, den Völkermord an der Bevölkerung dieses Staates zu intensivieren?

Prinzipienbasierter Mut: Ich teile John Whitbecks Ansicht, wenn auch nicht ganz so überzeugt, dass diese Tugend zu Beginn der Generalversammlung auf Messers Schneide steht. Ich bin es einfach nicht gewohnt, „Prinzipien“ und „Mut“ im selben Absatz wie „westliche Staaten wie Frankreich, Großbritannien, Kanada und Australien“ zu verwenden. Es besteht die bedrückende Möglichkeit, dass das große Ereignis bei der Generalversammlung im nächsten Monat darin bestehen wird, dass sich andere westliche Nationen als die USA in großem Stil blamieren.

Zum einen erklären der New York Call und verschiedene Erklärungen einzelner Nationen ausnahmslos ihre Unterstützung für eine Zwei-Staaten-Lösung, einen palästinensischen Staat neben einem israelischen Staat (oder einem jüdischen Staat, wie es die Zionisten formulieren). Das ist schlichtweg unmöglich – unmöglich, weil den Palästinensern als Land nur noch Punkte auf der Landkarte in Form von Bantustans bleiben, unmöglich, weil die Israelis ganz klar zu verstehen gegeben haben, dass sie einen palästinensischen Staat nicht akzeptieren werden, unmöglich, weil

(so höre ich aus dem Westjordanland) die eskalierende Brutalität und Sadismus der israelischen Soldaten und Siedler eine Koexistenz aller Wahrscheinlichkeit nach unmöglich gemacht haben.

Was tun Sie, wenn Sie Ihre Unterstützung für etwas erklären, das niemals zustande kommen wird? Etwas unterstützen, während Sie nichts unterstützen? Es gibt das Argument, dass die Flut neuer Anerkennungen in der Tat nichts weiter als eine reine Show ist, eine Übung in purem Zynismus.

Zum anderen unterdrücken die wichtigsten Unterzeichner des New Yorker Appells, insbesondere Großbritannien, Frankreich und Australien, seit den ersten Tagen nach den Ereignissen vom 7. Oktober 2023 die Unterstützung der Bevölkerung für die palästinensische Sache. Nirgendwo ist dieser Widerspruch so deutlich wie im Falle Großbritanniens. Am 9. August verhaftete die Londoner Polizei [532 Demonstranten](#), weil sie Palestine Action unterstützt hatten, eine Gruppe, die sich für gewaltfreie Aktionen gegen den Völkermord in Gaza einsetzt. Palestine Action wird nun als terroristische Organisation eingestuft; die auf dem Parliament Square Festgenommenen werden nach dem britischen Terrorism Act von 2000 angeklagt und müssen mit bis zu 14 Jahren Gefängnis rechnen.

Und das ist dasselbe Großbritannien, das verspricht, den Staat Palästina in wenigen Wochen bei der Generalversammlung anzuerkennen? Das passt einfach nicht zusammen.

Aber die übliche Heuchelei ist eine zu einfache Erklärung für solche Dinge. Seit Israels Hungersnot vor einigen Wochen Schlagzeilen macht, sind sich westliche Staats- und Regierungschefs – mit Ausnahme von Donald Trump und seiner Truppe von Außenseitern – sehr wohl bewusst, dass sie auf der einen oder anderen Seite dieser menschlichen Gräueltat in die Geschichte eingehen werden. Es gibt Memoiren zu schreiben, die Historiker warten schon. Um es auf den Punkt zu bringen – und es fällt mir schwer, diesen Satz zu beenden, aber ich muss es tun – könnte John V. Whitbecks „prinzipienbasierter Mut“ tatsächlich in den Verhandlungen im UN-Sekretariat im nächsten Monat eine Rolle spielen.

Meiner Meinung nach sind die über 500 Menschen, die bei den Protesten in London festgenommen wurden, der beste Beweis dafür, dass auf die bevorstehende Welle diplomatischer Anerkennungen konkrete Maßnahmen folgen könnten. Schließlich werden sie nicht die letzten 500 sein, die auf die Straße gehen. Die öffentliche Empörung über die Israelis nimmt offensichtlich zu. Angesichts der Tatsache, dass diejenigen, die vorgeben, die westlichen Postdemokratien zu führen, die Institutionen korrumpiert haben, die eigentlich den Willen des Volkes zum Ausdruck bringen sollten, wird die Aussicht auf weit verbreitete Unruhen für sie sehr real sein – eine Bedrohung für diese Eliten, eine Quelle der Hoffnung für den Rest von uns.

Vergessen wir nicht die unaufhörlichen Demonstrationen der 1960er und 1970er Jahre. Die Vietnamesen haben den Vietnamkrieg gewonnen, das muss klar gesagt werden, aber die Antikriegsbewegung hat viel dazu beigetragen, die Meinung der Machthaber in Washington und den europäischen Hauptstädten zu ändern. Ohne einen innenpolitischen Konsens, der einen Krieg befürwortet, kann kein Krieg geführt werden – das war die große Lektion für die Eliten, die den Vietnamkrieg geführt haben. Ebenso wenig kann man einen Völkermord und den Apartheidstaat, der ihn begeht, unterstützen, wenn dies eine große Zahl von Demonstranten auf die Straße treibt.

Francesca Albanese hat völlig Recht, wenn sie sagt, dass wir uns nicht durch eine Flut diplomatischer Anerkennungen vom Leid und den Todesfällen unter den Palästinensern und der dringenden

Notwendigkeit, beides zu beenden, ablenken lassen dürfen. Das Gegenteil scheint mir ebenso wahr zu sein. Die westlichen Mächte haben es offensichtlich nicht eilig, ihre Unterstützung für den zionistischen Staat vollständig aufzugeben. Nein, der Weg dorthin ist lang. Aber diejenigen, die im Begriff sind, ihre Unterstützung für einen palästinensischen Staat zuzusagen, werden einen Schritt in diese Richtung machen, so vorsichtig dieser auch sein mag.